

Antrag

der Fraktion der SPD

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

Zur Vorbereitung parlamentarischer Entscheidungen über mögliche weitere Maßnahmen zum Schutz von Mensch und Umwelt vor Gefahrstoffen sowie über Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft wird eine Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“ gemäß § 56 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eingesetzt.

Die Enquete-Kommission hat den Auftrag

- wissenschaftlich plausible und gesellschaftlich konsensfähige Bewertungskriterien für vergleichende Ökobilanzen zu entwickeln,
- systematisch volkswirtschaftliche Kosten und Nutzen sowie Chancen und Risiken von Stoffen und Stoffströmen, auch in Verbindung mit Energieeinsatz, Verfahrenstechniken und Funktionszusammenhängen, aufzuarbeiten,
- Anwendungsfelder, größere Stoffgruppen und Endprodukte sowohl aus der Perspektive der erzeugenden wie der verarbeitenden Wirtschaft insgesamt als auch der Endverbraucher zu bewerten,
- mögliche Entwicklungsalternativen bei der Gewinnung, Verarbeitung und Entsorgung von Stoffen (Zukunftspfade) unter Berücksichtigung technischer, ökonomischer, ökologischer und sozialer Parameter aufzuzeigen,
- die Grundlagen für den chemie- und industriepolitischen Dialog zu vertiefen und die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Konsensbildung zu verbessern,

- dem Deutschen Bundestag auf dieser Basis Empfehlungen für gesetzgeberisches und politisches Handeln zu geben.

II.

Der Deutsche Bundestag beauftragt die Enquete-Kommission, u. a. folgende Fragestellungen zu bearbeiten:

1. Bestandsaufnahme und Bewertung der industriellen Stoffwirtschaft und ihrer Folgen sowie die Entwicklung von Grundlagen für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemie
 - Begriffsanalyse und Begriffsdefinition;
 - Aufarbeitung der Entwicklungslinien der modernen Chemie und die Bedeutung der chemischen Industrie;
 - Entwicklung von Kriterien für die Bilanzierung und die Bewertung wichtiger Stoffflüsse (z. B. Chlorbilanz) über die gesamte Kette von Rohstoffen über Produktion und Produkte bis hin zu Wiederverwendung, -verwertung und Entsorgung, auch im Vergleich zu anderen Stoffgruppen (z. B. Metall);
 - exemplarische Untersuchungsfelder:
 - verschiedene Anwendungsfelder (z. B. Automobil, Elektronik, Haushalt, Landwirtschaft);
 - Problembereiche:
 - Entsorgung
 - Entwicklungsländer
 - militärischer Mißbrauch
 - Arten- und Biotopenschutz;
 - Grundlagenforschung und angewandte Forschung;
 - Bestandsaufnahme und Bewertung nationaler und internationaler (vor allem EG-Recht und OECD) stoffbezogener Regelungen (einschließlich Arbeits-, Gesundheits- und Verbraucherschutz) sowie der dafür zuständigen Institutionen (insbesondere Beratergremien für umweltrelevante Altstoffe, BUA, Beratergremium der BG-Chemie, Ausschuß für Gefahrstoffe, MAK-Kommission);
 - Vergleich zwischen den stoffbezogenen Standards in Westeuropa mit anderen wichtigen OECD-Ländern;
 - Auswirkungen des EG-Binnenmarktes und Erarbeitung von Vorschlägen zur Festlegung verbindlicher umweltpolitischer Mindeststandards in der EG mit der Möglichkeit weitergehender nationaler Regelungen.
2. Perspektiven einer umwelt- und gesundheitsverträglichen Stoffwirtschaft – Empfehlungen zu stoffökologischen Innovationen und alternativen Entwicklungslinien
 - stoffliche Belastungen und Belastungsgrenzen der Biosphäre (stoffökologischer Bezugsrahmen) und Festlegung von Qualitätszielen unter Berücksichtigung des Vorsorgeprinzips;

- Prüfung einzelner Stoffe und Produkte in vergleichbaren Anwendungsfeldern auf ihre Umweltrelevanz (Ökobilanzen);
 - Entwicklung von Bewertungskriterien einer ökologischen Stoffwirtschaft (umweltpolitische Prinzipien, Kriterien der Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit, einschließlich der Berücksichtigung von Langzeitwirkungen, Synergismen und begrenztem Wissen sowie Minimierungsgebote etc.);
 - Gesellschaftliche Aspekte stofflicher Umwandlungen:
 - gesellschaftliche Akzeptanz
 - Qualifizierungs- und Innovationsförderung
 - langfristige Wettbewerbschancen
 - größere Öffentlichkeit und Transparenz über Erzeugung und Verwendung chemischer Produkte
 - Innovationsfähigkeit;
 - Perspektiven stoffökologischer Innovationen und umweltverträglicher Entwicklungslinien, möglichst Aufzeigen beispielhafter Anwendungen;
 - institutionelle und politische Bedingungen für eine ökologische Stoffwirtschaft einschließlich der Stärkung der Produzentenhaftung;
 - gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten sowie Mitbestimmung für Arbeitnehmer und Betriebsvertretungen.
3. Empfehlungen für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Stoffwirtschaft unter Einbeziehung von Kriterien für:
- Volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Abschätzungen;
 - Abwägung gesellschaftlicher Chancen und Risiken unter Berücksichtigung insbesondere von Sozialverträglichkeit und Friedensverträglichkeit;
 - Versuch der Bestimmung eines „sozialen Nettonutzens“.

III.

Der Deutsche Bundestag bittet die zuständigen Ministerien, eine enge und kontinuierliche Zusammenarbeit der Bundesinstitutionen

- Umweltbundesamt,
 - Bundesgesundheitsamt,
 - Bundesanstalt für Arbeitsschutz und
 - Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie
- sicherzustellen. Außerdem soll das
- Büro für Technikfolgen-Abschätzung des Deutschen Bundestages (TAB)
- beteiligt werden.

IV.

Die Kommission setzt sich aus 13 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und 13 Sachverständigen zusammen.

Bonn, den 10. Oktober 1991

Dr. Hans-Jochen Vogel und Fraktion

Begründung

Die umweltpolitische Diskussion der vergangenen Jahre hat gezeigt, daß sowohl die Produktionsweise als auch die Produkte der Chemie Gegenstand einer gesellschaftlichen, kontrovers geführten Diskussion sind. Dabei hat sich auch herausgestellt, daß das Wissen über die Zusammenhänge nur fragmentarisch ist. Von daher ist diese Diskussion häufig sehr verkürzt worden, ohne daß es zu notwendigen Klärungen gekommen ist. Der Bedarf an Verständigung wird von keiner an den Kontroversen über stoffwirtschaftliche Fragen beteiligten Gruppen bezweifelt. Insofern versteht sich die Enquete-Kommission auch als Beitrag zur Herstellung gesellschaftlicher Akzeptanz für eine umweltverträgliche Stoffwirtschaft der Zukunft.

Die Aufgabe der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“ soll es sein, in einem diskursiven Arbeits- und Verständigungsprozeß qualitative Ziele und Leitbilder zu entwickeln. Neben der ökologischen Erneuerung der Energiewirtschaft ist die gesundheits- und umweltverträgliche Gestaltung der Stoffwirtschaft der zweite zentrale Bereich für eine „zukunftsverträgliche Entwicklung“ (sustainable Development) der Industriegesellschaft.

Dabei gilt es, die Entwicklungslinien chemischer Produkte und Verfahren in den unterschiedlichen Teilbereichen der Erzeugung, des Verbrauchs und der Entsorgung zu analysieren, fortzuschreiben und (zumindest beispielhaft) auf ihre ökologischen und toxikologischen Konsequenzen hin zu überprüfen und mögliche Alternativen aufzuzeigen.

Die stoffökologischen Fragen müssen vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Bedeutung der betroffenen Industriezweige gesehen werden. Dies gilt in besonderer Weise für die Bundesrepublik Deutschland, wo sich die chemische Industrie durch eine hohe Innovationskraft, eine breite Produktionspalette und eine starke Einbindung in die internationale Arbeitsteilung auszeichnet.

Für die Aufstellung von Bewertungskriterien für eine ökologische Stoffwirtschaft ist die Betrachtung der Stoffströme von entscheidender Bedeutung. Die übergreifende Erfassung der Ströme von den Rohstoffen über die Chemikalien, Nebenprodukte und Produkte bis hin zu den Abfällen ist für die Abschätzung der ökologischen Auswirkungen unumgänglich.

Um die Auswirkungen der Stoffumsätze hinsichtlich

- Quantität,
- Qualität,
- produktionsbezogenem Nutzungsprofil,
- Kuppelung,
- Rückführbarkeit und Kreislaufführung,
- Risikominimierung,
- Energieeinsatz,
- kurz- und langfristiger Wirtschaftlichkeit,
- Entsorgung

ökologisch verträglich zu gestalten, bedarf es einer breiten Verständigung über die Kriterien einer umwelt- und gesundheitsverträglichen Stoffwirtschaft. Hierbei sind auch die gesellschaftlichen Aspekte mit zu berücksichtigen.

Der Dialog über eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Stoffwirtschaft ist wesentlicher Teil eines konsensorientierten Meinungsbildungsprozesses über eine zukunftsverträgliche Entwicklung der Industriegesellschaft. Für dieses Leitziel darf sich der Arbeitsauftrag nicht auf die Darstellung kontroverser Positionen beschränken.

Um die Fragen einer umwelt- und gesundheitsverträglichen Gestaltung der Stoffflüsse anschaulich zu machen, sollen Beispiele aus unterschiedlichen Bereichen aufgezeigt werden. Dabei ist nach Möglichkeit herauszuarbeiten, wie der Stoffeinsatz in Entscheidungs- und Verzweigungssituationen anders verlaufen wäre, wenn entsprechende ökologische Vorgaben gemacht worden wären. An Einzelbeispielen sollen mögliche Alternativen zu derzeitig verwendeten Chemikalien geprüft werden, wobei potentielle Substitute natürlich denselben Bewertungskriterien zu unterwerfen sind.

Bei der Darstellung umweltverträglicher Entwicklungsmöglichkeiten und von Zukunftspfaden der Stoffwirtschaft sind auch die Chemiestandorte in den neuen Bundesländern zu berücksichtigen, ebenso die absehbaren Änderungen der Rahmenbedingungen, die sich aus der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes ergeben.

